

**Abhilfe von der Verlotterung des Pfanzeltplatzes
als „Parkplatzsee“**

Empfehlung Nr. 14-20 / E 01484 der Bürgerversammlung
des 16. Stadtbezirkes Ramersdorf-Perlach
am 18.05.2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09596
1 Anlage

**Beschluss des Bezirksausschusses des 16. Stadtbezirkes Ramersdorf-Perlach vom
14.09.2017**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die Bürgerversammlung des 16. Stadtbezirkes Ramersdorf-Perlach hat am 18.05.2017 anliegende Empfehlung beschlossen.

Die Empfehlung betrifft einen Vorgang, der nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO des Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen ist. Da es sich um eine Empfehlung einer Bürgerversammlung handelt, die in ihrer Bedeutung auf den Stadtbezirk beschränkt ist, muss diese nach Art. 18 Abs. 4 Satz 1 GO und § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und Einwohnerversammlungssatzung vom Stadtrat bzw. Bezirksausschuss und gemäß § 9 Abs. 4 der Bezirksausschusssatzung vom zuständigen Bezirksausschuss behandelt werden, zu dessen Information Folgendes auszuführen ist:

Die Bürgerversammlungsempfehlung zielt darauf ab, für die zum Parken gekennzeichneten Flächen des verkehrsberuhigten Bereiches am Pfanzeltplatz eine Kurzparkregelung einzuführen. Damit soll erreicht werden, dass die Parkflächen nicht von Dauerparkern belegt werden.

Mit Einführung des verkehrsberuhigten Bereiches am Pfanzeltplatz wurden durch bauliche Elemente, wie z. B. schwarzer Granit-Kleinsteinpflasterzeile bzw. auch Granit-Großsteinpflaster mit Rasenfuge als Abgrenzung zu der mit roten Klinkersteinen versehenen bzw. auch in Teilbereichen gepflasterter Fahrgasse jeweils konkrete Parkbereiche festgelegt. Mit der Beschilderung durch das Zeichen 325 StVO „Verkehrsberuhigter Bereich“ ist u. a. geregelt, dass außerhalb der dafür gekennzeichneten Flächen nicht geparkt werden darf, ausgenommen zum Ein- und Aussteigen und zum Be- und Entladen. Nach den Verwaltungsvorschriften zu Zeichen 325 - Verkehrsberuhigter Bereich sollen mit Ausnahme der Parkflächenmarkierungen keine weiteren Verkehrszeichen angeordnet werden. Außerdem sollen die zum Parken bestimmten Flächen nicht durch Zeichen 314 gekennzeichnet werden, sondern durch eine Markierung, die auch durch Pflasterwechsel erzielt werden kann. Eine Kurzparkregelung

mittels Parkscheibe wird aber durch Zeichen 314 StVO (Parken) mit der gewünschten zeitlichen Einschränkung zum Ausdruck gebracht. Insofern kann diese Kurzparkregelung im verkehrsberuhigten Bereich nicht vorgesehen werden.

Nach Ansicht des Kreisverwaltungsreferates würde eine solche Kurzparkregelung auch der Intention eines verkehrsberuhigten Bereiches widersprechen, da gerade eine Kurzparkregelung dazu führt, dass der vorhandene Parkraum möglichst intensiv genutzt wird.

Der Korreferent des Kreisverwaltungsreferates, Herr Stadtrat Michael Kuffer, und der Verwaltungsbeirat der Hauptabteilung Straßenverkehr, Herr Stadtrat Richard Progl, haben von der Beschlussvorlage Kenntnis genommen.

II. Antrag des Referenten

1. Von der Sachbehandlung als ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 22 GeschO) mit dem Ergebnis – Keine Kurzparkregelung im verkehrsberuhigten Bereich des Pfanzeltplatzes - wird Kenntnis genommen.
2. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 01484 der Bürgerversammlung des 16. Stadtbezirkes Ramersdorf-Perlach am 18.05.2017 ist damit satzungsgemäß behandelt.

III. Beschluss nach Antrag

Der Bezirksausschuss des Stadtbezirkes 16 der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Kauer

Dr. Böhle
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Wv. bei Kreisverwaltungsreferat - GL 24 zur weiteren Veranlassung.

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit dem beglaubigten Original wird bestätigt.

An den Bezirksausschuss des Stadtbezirkes 16 – Dem Vorsitzenden Kauer

An das Direktorium - Dokumentationsstelle

An das Direktorium – BA-Geschäftsstelle Ost

An das Polizeipräsidium München

jeweils mit der Bitte um Kenntnisnahme

V. An das Direktorium - HA II/BA

- ☐ Der Beschluss des BA 16 kann vollzogen werden.
- ☐ Der Beschluss des BA 16 kann/soll nicht vollzogen werden (Begründung siehe Beiblatt)
- ☐ ist rechtswidrig (Begründung siehe Beiblatt)

Es wird gebeten, die Entscheidung des Oberbürgermeisters zum weiteren Verfahren einzuholen.

**VI. Mit Vorgang zurück zum
Kreisverwaltungsreferat HA III
zur weiteren Veranlassung**

Am
Kreisverwaltungsreferat - GL 24